

Antrag: A1

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand 2005/2006

Demokratie fördern, aber nicht um jeden Preis! – Zielsetzungen für eine globale Agenda

I. Analyse und Begründung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Entwicklungspolitik vor neuen Herausforderungen. Als Teil einer globalen Friedens- und Strukturpolitik wird heute von ihr mehr erwartet denn je. Um Massenarmut und Krankheiten zu überwinden, demokratische Reformen zu unterstützen, den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen und als präventive Sicherheitspolitik den Frieden zu sichern, setzt Entwicklungspolitik heute nicht mehr nur an den endogenen Potentialen der Entwicklungsländer an, sondern trägt auch dazu bei, entwicklungsfreundliche und stabilisierende internationale Rahmenbedingungen zu schaffen.

Darunter ist von besonderer Bedeutung für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik die Demokratieförderung, welche im Mittelpunkt dieses Antrags steht.

Es stellt sich die Frage auf welchem Wege Demokratie gefördert werden kann bzw. soll, aber auch mit welchem Recht man eine Bevölkerung zur Demokratie zwingen darf. Wir Jusos sprechen uns gegen den top-down-Ansatz – wie er besonders gerne von den USA mit militärischen Mitteln praktiziert wird – aus und sind der Ansicht, dass politische und soziale Ziele heute – unter den Bedingungen der Globalisierung – nicht mehr allein im Rahmen nationaler Strategien verfolgt werden können, deren Motive zum Teil höchst zweifelhaft sind. Dazu ist der Einfluss der internationalen Kapitalmärkte, der internationalen Organisationen und der großen transnationalen Konzerne auf die Entwicklungschancen von Staaten der Dritten und Vierten Welt längst von zu großer Bedeutung.

Demokratieförderung hat Konjunktur

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat vor allem die Reaktion der US-Regierung auf die Anschläge vom 11. September 2001 dieser Strategie, basierend auf der festen Überzeugung genau zu wissen welche Staatsform für Menschen in anderen Ländern die richtige sei, neuen Auftrieb gegeben. Einige langfristige Ansätze wie die amerikanische National Security Strategy setzen auf weltweite politische und wirtschaftliche Freiheit. Dennoch geht die Regierung der USA und ihre Koalition der Willigen im „Krieg gegen den Terror“ gleichzeitig kurzfristige Allianzen mit Kräften ein, die diese Ziele keineswegs teilen (z.B. autoritäre Regime in verbündeten islamischen Ländern).

Das Hausieren mit der Demokratie ist weitgehend ein Produkt der letzten fünfzig Jahre. Die Vorstellung von der Demokratie als einem westlichen Wert kam während des Kalten Krieges auf, wurde allerdings höchst selektiv eingesetzt. Prowestliche Diktaturen wurden umstandslos als Mitglieder der „freien Welt“ begrüßt.

Auch heutzutage betont Präsident Bush immer wieder seine Entschlossenheit, möglichst bald demokratische Verhältnisse im Irak einzuführen.

Wir stimmen zu: Demokratisierung muss ein Eckpfeiler jeder Strategie bleiben, die auf Dauer eine Reduzierung gewaltsamer Konflikte in der Welt erreichen will. Wie dies aber zu erreichen ist, wie „man“ ein Land demokratisiert und vor allem mit welchem Recht, darüber bestehen verschieden Ansichten. Demokratie oder Demokratisierung zu fördern ist also eine schwierige Aufgabe.

Die Einflussmöglichkeiten externer Akteure auf politische Veränderungsprozesse sind begrenzt und sie können keinem einfachen Modell von Rezepten, Zielen und Instrumenten folgen. Die Demokratisierung von vormals autoritären oder gar totalitären Regimen setzt – in sehr viel stärkerem Maße als die Durchsetzung von Menschenrechten, die häufig im gleichen Atemzug wie die Demokratieförderung genannt wird – eine Umverteilung und Begrenzung von Macht voraus, wobei die sozialen, politischen und ökonomischen Machtstrukturen in jedem Land unterschiedlich sind. Zugleich beschreibt Demokratisierung einen Prozess, in dem Ansatzpunkte und Strategien immer wieder neu definiert und angepasst und auf kontraproduktive Effekte hin geprüft werden müssen. Eine systematische Aufarbeitung der Instrumente und Möglichkeiten der Demokratieförderung sollte daher nicht top down erfolgen, d.h. von den außenpolitischen Strukturen, Instrumenten und Zielen der Geberländer ausgehen, die häufig ein gespanntes Verhältnis zu den machtpolitischen Implikationen und dem notwendigen Aufwand effektiver Demokratieförderung oder eigene ökonomische Interessen in den betreffenden Ländern haben, sondern von den Erfahrungen und Kenntnissen über die Prozesse der Demokratisierung in den betroffenen Ländern und Regionen.

Daraus ergibt sich kein einheitliches Modell der Demokratieförderung, sondern ein „Baukastensystem“, dessen Elemente je nach Einzelfall und im Dialog mit den Akteuren vor Ort, neu ausgewählt und kombiniert werden müssen. Die Frage der Verteilung von Macht und ihrer nicht nur institutionellen und ideologischen, sondern auch sozioökonomischen Grundlagen ist dabei ein entscheidender und dennoch häufig vernachlässigter Faktor, der zugleich die Ansatzpunkte und die Grenzen externer Einflussnahme auf Demokratisierungsprozesse definiert.

Negativbeispiel Irak

Die amerikanische Kriegsplanung mögen die militärischen Chefstrategen dieser Welt als hervorragend bezeichnen, die Nachkriegsplanung lässt jedoch ohne Zweifel zu wünschen übrig – ganz davon abgesehen, dass schon das militärische Eingreifen selbst als ein ungünstige Voraussetzungen schaffender Faktor für eine spätere Demokratisierung vorausging. Denn auch das Ereignis, das zu einem Regimeumsturz führt, besitzt stets große Relevanz für die folgenden Entwicklungen.

Am 1. Mai 2003 erklärte der US-amerikanische Präsident George W. Bush die Hauptkampfhandlungen im Irak für beendet. Damit rückte die Zukunft des Iraks nach dem Sturz Saddam Husseins in den Fokus der Öffentlichkeit. Fast drei Jahre nach Kriegsende ist die Etablierung einer stabilen, demokratischen Nachkriegsordnung im Land immer noch nicht abgeschlossen.

Sowohl der demokratische wie auch der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes gehen nur langsam voran. Eines der Hauptprobleme ist die Entwicklung einer Art Guerillakrieg gegen die USA und ihre Verbündeten, welcher sich auch gegen die nicht als Ordnungsmacht anerkannte irakische Polizei richtet. Durch diese Entwicklung sehen sich Skeptiker bestätigt, die bereits im Vorfeld des Krieges darauf hingewiesen haben, dass eine Demokratisierung des Irak mit erheblichen Problemen verbunden sein dürfte. Wieso auch sollte sich der Irak nach fast fünfzig Jahren Militärherrschaft in ein demokratisches Gemeinwesen umwandeln? Einerseits verfügt der Irak praktisch über keine demokratischen Erfahrungen in seiner Geschichte, andererseits ist die Gesellschaft von drei großen unterschiedlichen ethnischen bzw. religiösen Gruppen geprägt, die sich mehr oder weniger verfeindet gegenüberstehen: den Kurden, den Sunniten und den Schiiten. Außerdem gab es zunächst keine politische Partei oder keine politische Integrationsfigur, weder im Irak selbst noch unter den Exilirakern, die einen demokratischen Wiederaufbau unter ihrer Leitung legitimieren zu können schien. Die Parteienlandschaft war und ist zersplittert.

Erschwerend beim politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Iraks kommt hinzu, dass sich die internationale Staatengemeinschaft nicht zu einer konzertierten Aktion im Irak durchringen kann. Die beiden Lager der Kriegsgegner und Kriegsparteien bewegen sich nur langsam aufeinander zu. Russland, Frankreich und Deutschland, die den Irakkrieg von Anfang an ablehnten, beteiligen sich nur zurückhaltend am Wiederaufbau des Irak.

Schließlich kommt noch ein weiteres Problem hinzu, das nicht nur Einfluss auf den Wiederaufbau des Iraks, sondern auch innenpolitische Folgen vor allem in den USA und Großbritannien hat: Die beiden intensivsten Kriegsbefürworter mussten seit Kriegsende einen ständigen Vertrauensverlust hinsichtlich der Legitimität des Krieges hinnehmen. Denn die beiden am häufigsten genannten Kriegsgründe gegen den Irak konnten bislang, fast 3 Jahre nach Ende der militärischen Auseinandersetzung, nicht belegt werden: der Besitz von Massenvernichtungswaffen durch den Irak und die Zusammenarbeit Saddam Husseins mit der als islamistisch eingestuftem Terrororganisation al-Qaida. Zudem verfestigt sich der Eindruck, dass nicht Massenvernichtungswaffen oder Demokratieförderung der ausschlaggebende Grund für den Irakkrieg waren, sondern die Frage der Verfügungsgewalt über geostrategische Gründe. Das US-amerikanische Vorgehen im Irak kann also keineswegs als ein authentisches Modell für den gesamten islamischen Teil der Region dienen. Modernisierung und Demokratisierung von oben haben im islamischen Orient nie funktioniert. Der achtjährige Krieg Iraks gegen den Iran (1980-88), der Kuwait-Krieg (1990/91), das mehr als ein Jahrzehnt währende Embargo und der jüngste Krieg haben die Infrastruktur des Landes zerstört bzw. enorm geschwächt und die Bevölkerung verelenden lassen. Kein Land kann drei große Kriege innerhalb von nur zwei Jahrzehnten verkraften. Etwa 80% der Iraker leben unter der absoluten Armutsgrenze. Der Irak hat im Jahre 2004 eine Analphabetisierungsrate zwischen 45-bis 50%. Hinzu kommt, dass die vier Dekaden brutaler Alleinherrschaft der Baath-Partei tiefe Spuren in der politischen Landschaft des Irak hinterlassen haben. Das Land kann auf keine annähernd nennenswerte demokratische Tradition zurückblicken.

Der Irak ist nicht das Westdeutschland der Nachkriegszeit, das mittels Marshall-Plan zu demokratisieren wäre. Parteien- und Gewerkschaftsgründungen als wesentliche Elemente der für einen Demokratisierungsprozess notwendigen Voraussetzungen gab es in Deutschland bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Irak kennt dieses Phänomen bis heute nicht. Die historische Erfahrung einer Weimarer Republik fehlt dem Land an Euphrat und Tigris. Und schließlich handelt es sich um ein Land, das in rivalisierende ethno-religiöse Kollektive (Schiiten, Sunniten, Kurden und etc.) unterteilt ist.

II. Konsequenzen und Forderungen

1)

Der „Kampf gegen den Terror“, wie er von Seiten der USA und der meisten westeuropäischen Staaten seit dem 11.9.2001 geführt wird, muss entmilitarisiert werden. Terroristen und deren Aktivitäten sind nicht mit Krieg zu bekämpfen, sondern mit Mitteln ziviler Ermittlungsbehörden, der Justiz und der Polizei. Eine ehrliche und konsequente Entwicklungspolitik ist zudem eine wichtige Grundlage um die Entstehung des Terrorismus einzuschränken.

Die Bundesregierung und die EU sollten darauf drängen, dass die Vereinten Nationen zu dem bewährten Blauhelm-Konzept zurückkehren. UN-Friedenstruppen können demnach nur mit Einwilligung der jeweiligen Konfliktparteien entsandt werden und sind nur mit einem defensiven Auftrag auszustatten. Kern jedes internationalen Mandats muss der schnellstmögliche Wiederaufbau zivilgesellschaftlichen Strukturen sein.

2)

Länder wie der Irak brauchen die übrige Staatenwelt, um in die friedliche internationale Gemeinschaft zurückkehren zu können. Doch Demokratie von außen und die oben erläuterten Werte und Normen lassen sich nicht ohne weiteres importieren, schon gar nicht von heute auf morgen. Demokratie muss sich vielmehr langfristig durch gesellschaftlichen Druck von unten entwickeln und dabei durch internationale Organisationen unterstützt werden.

Dazu sind insbesondere Alphabetisierung, Gleichstellung und die Einhaltung der Menschenrechte zu fördern. Zur Etablierung der Demokratie ist die Existenz einer Bürger (Zivil-)gesellschaft vor Ort notwendig, um mit dieser gemeinsam länderspezifische Programme vor Ort zu entwickeln. Diese Bürgergesellschaft wird in der Regel von einer starken Mittelschicht getragen. Zwar verfügt beispielsweise der Irak durchaus über eine entsprechende Mittelschicht, doch sind die Wertevorstellung und Verhaltensweisen dieser entscheidend. Während Jahrzehnten fehlte im Irak jegliche Opposition. Und heute findet man im befreiten Land kaum Foren und Plattformen, in denen wichtigste zivilgesellschaftliche Themen - Toleranz, gewaltfreie Konfliktaustragung, Trennung zwischen Religion und Politik, Pluralismus - diskutiert würden. Mit den verschiedenen Parteienstiftungen sowie einer Vielzahl weiterer Organisationen verfügt Deutschland bereits über hervorragende Instrumente, um in Kooperation mit lokalen NGOs solche Plattformen gezielt aufzubauen, ohne dass staatliches Eingreifen notwendig wäre.

3)

Eine entschieden pro-demokratische wirtschaftspolitische Einflussnahme muss auf folgende Komponenten zielen:

- Umverteilung von Vermögen, vor allem von Grund und Boden (Landreform). Ein Schritt in diese Richtung wäre auch die formal-rechtliche Anerkennung informeller Eigentumstitel der Armen. Im Gegensatz zum Geschehen in Zimbabwe muss dies mit Entschädigungszahlungen und ohne Gewalt vonstatten gehen.
- Massive Investitionen in Bildung und Gesundheit der Armen, um ihre Zufriedenheit mit der Demokratie zu steigern.
- Marktöffnung in den reichen Ländern in den Bereichen, in denen arme Länder ein eigenes wettbewerbsfähiges Angebot aufweisen, das möglichst von einer breit gestreuten Produzentengruppe erstellt wird. Zur Zeit sind dies in erster Linie landwirtschaftliche Produkte und einfache Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes. Einfuhrhemmnisse für diese Produkte oder hohe Subventionen für den Agrarsektor der reichen Staaten müssen gezielt abgebaut werden.
- Drängen auf eine politische Kontrolle der Einkommen, die überwiegend aus internationalen Transaktionen (Rohstoffexporterlöse, Kredite, Hilfe etc.) herrühren. Die radikalste Option wäre eine Auflage, dass Wirtschaftspartner in den reichen Demokratien derartige Gelder nicht mehr an Eliten und undemokratische Regierungen zahlen, sondern in Fonds, die die Modernisierung finanzieren, u.a. die Ansätze Landreform, Bildung und Gesundheit. Als Vorbild kann der Norwegian Government Petroleum Fund dienen.

4)

Wir fordern von der Bundesregierung und der Europäischen Kommission jegliche Droheskalationen, die unweigerlich in einen Krieg einmünden, zu unterlassen. Insbesondere jegliche deutsche und europäische Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran und erst recht eine Beteiligung daran sind grundsätzlich und unmissverständlich auszuschließen.

Wir fordern die Bildung einer Langzeit-Konferenz für Sicherheit und regionale Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten, die auch das Ziel verfolgt, dort eine Atomwaffenfreie Zone zu errichten, die Israel einschließt.

Die Europäische Union soll alle ihre Möglichkeiten nutzen, um die OSZE zu einem wirklichen System kollektiver Sicherheit im Sinne der UN-Charta auszubauen. Eine solche Regionalorganisation der Vereinten Nationen, der alle europäischen Staaten gleichberechtigt angehören, würde einen Militärpakt wie die NATO ebenso wie die Militarisierung der EU vollends überflüssig machen. Alle Atomwaffenstaaten müssen ihre Verpflichtungen zur Abrüstung ihrer Atomarsenale gemäß Artikel VI des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags endlich erfüllen.

5)

Im Vorfeld der „UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung“ 2002 in Monterrey hat man sich auf europäischer Ebene über eine stufenweise Anhebung der Finanzmittel bis zum Jahr 2006 auf 0,33% des BNE geeinigt. Von diesem Ziel sind wir nach wie vor weit entfernt. Wir wiederholen unsere Forderung nach der Einhaltung dieser Übereinkünfte auf europäischer Ebene und unterstützen deshalb den Vorschlag einer internationalen oder zumindest EU-weiten Steuer

auf grenzüberschreitende Finanzspekulationen (Tobinsteuer bzw. Spahn-Steuer)
zur Finanzierung von Armutsbekämpfung.

Beschlossen: 29.04.2006

**Überwiesen an: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Bundestagsfraktion**